

## KOMMENTAR

## »CAMBRIDGE ANALYTICA - WO BLEIBT DER AUFSCREI?«

Von Jenny Bogitzky

In einem Beitrag des Schweizer Mediums »Das Magazin« wurde bereits im Dezember 2016 detailliert beschrieben, wie bei den US-Wahlen 2016 mithilfe von via Facebook gewonnenen Daten der Wahlausgang manipuliert wurde. Ein psychometrisches Modell von Michal Kosinski, das helfen sollte, Menschen in Persönlichkeitstypen zu klassifizieren, wurde kopiert, fürs Internet nutzbar gemacht und eingesetzt um politische Wahlentscheidungen nach dem Willen einiger Weniger zu manipulieren.

Anhand von wenigen (zehn) Likes, die Nutzer in sozialen Netzwerken tätigen, lässt sich mithilfe des Modells sehr gut (zutreffend) rekonstruieren, was für ein Persönlichkeitsprofil der User hat: raucht er, mag er Waffen, ist er liberal, konservativ, welche Hautfarbe hat er, welche Religion etc. Aus diesen Erkenntnissen lassen sich natürlich auch Wahlpräferenzen ableiten. Im Juni 2016 heuerte Donald Trump Cambridge Analytica an, er zahlte am Ende 15 Millionen Dollar für die Unterstützung. Ab Juli 2016 wurde dem Wahlkampfteam von Trump eine App bereitgestellt, mit der sich feststellen ließ, in welchem Haus Bewohner leben, die potentiell Trump unterstützen. Nur diese wurden angesprochen. Nach der dritten Präsidentschaftsdebatte versendete Trumps Kampagne 175.000 verschiedene Variationen seiner Argumente vor allem per Facebook. Trumps Team konzentrierte sich nach der Auswertung digitaler Daten am Ende nur auf 17 US-Bundesstaaten. Es wurden so Wähler pro Trump mobilisiert und Wähler, die traditionell Hillary Clinton gewählt hätten, wurden mit mikroskopisch veränderten Facebook Nachrichten dazu gebracht, nicht zur Wahl zu gehen. Am Ende gewann Trump. Das Dumme ist, es lässt sich alles schwer beweisen. Es gibt allerdings Indizien, wie zum Beispiel die Zunahme der Wahlbeteiligung der ländlichen Bevölkerung und der Rückgang der Beteiligung bei Afroamerikanern.

In Bezug auf persönliche Daten heißt es seit einiger Zeit, »ich habe ja nichts zu verbergen«. Aber wo bleibt die Freiheit, wenn alle sorgenfrei ihre Daten hergeben, die im Anschluss missbraucht werden? Es mag trivial sein, aber wenn etwas im Internet nichts kostet, dann sollte man als Nutzer immer skeptisch sein, am Ende bezahlt man mit seinen Daten. Es muss ins Bewusstsein der Menschen sickern, dass jede noch so fortschrittliche Technik am Ende auch immer in einem negativen Sinn missbraucht werden wird. Zwei Dinge zeigt uns der Skandal um Cambridge Analytica: erstens, den in meinen Augen größten Wahlbetrug aller Zeiten, viel massiver als Watergate. Zweitens, und viel schlimmer, zeigt er die Existenz einer digitalen Diktatur auf.

Soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook zeigen dem jeweiligen Nutzer doch vor allem Nachrichten basierend auf der Analyse des bisherigen Leseverhaltens. Diese Art »sich im Internet zu bewegen« wurde von Cambridge Analytica erfasst, analysiert und benutzt. Nutzer wurden manipuliert. Es waren nicht Fake News der traditionellen Medien, wie Trump behauptet, die ein Problem darstellen, es sind die zu hunderten tausenden modifizierten Trumpschen Argumente, die gezielt verschickt wurden, um die US-Wahl zu entscheiden. Das ist moderne Politik-Propaganda. Wer am meisten zahlt, erhält die besten Ergebnisse.

All das passiert vor unseren Augen, aber es gibt keinen Aufschrei, es gibt gerade mal ein wenig Empörung. Es gibt keine große Bewegung, in der die Nutzer auf die Straße gehen und die Hoheit über ihre Daten fordern. Das Internet ist von einer schönen Idee der demokratischen Gleichheit zu einem Werkzeug mutiert, dass von Menschen mit durchaus niederen Interessen missbraucht wird. Plötzlich ergibt alles einen Sinn: Es war vernünftigerweise nicht denkbar, dass der Brexit folgt oder dass Donald Trump Präsident würde. Aber beides ist passiert, weil Menschen so subtil manipuliert wurden, dass sie es nicht einmal bemerkten. In beiden Fällen agierte Cambridge Analytica. Ich nenne das »digitale Diktatur«. Wo bleibt der Aufschrei?

## BUNTES AUS BERLIN

## MICHELANGELOS SIXTINISCHE KAPELLE

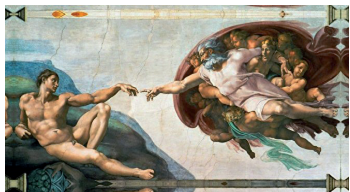


Foto: Die Erschaffung Adams, Michelangelo

Die Ausstellung in der Parochialkirche zeigt bis zum 16. Mai 34 Werke Michelangelos, die im Original an der Decke der Sixtinischen Kapelle zu sehen sind. Zusätzlich erfahren die Besucher geschichtliche Details zu Michelangelos Leben und Wirken.

Ort: Parochialkirche (Klosterstr. 67, 10179 Berlin). Eintritt: 15,50 Euro, mit Ermäßigung: 10,50 Euro.

## IMPRESSUM

Herausgeber: WIESE CONSULT GmbH  
Heino Wiese, Behrenstraße 73 · 10117 Berlin  
Telefon 030.8105888-0 · Fax 030.8105888-29  
redaktion@hauptstadt-insider.de ·  
www.wiese-consult.com  
Handelsregister: Amtsgericht Berlin, HRB 112951 B  
USt-IdNr.: DE259602002  
Chefredaktion: Heino Wiese (V.i.S.d.P.)

Anzeigenleitung und Abonnement: Alice Greschkow  
Telefon 030.810588813  
Druck u. Verlag: Hauptstadt Insider c/o Wiese Consult GmbH, Behrenstraße 73, 10117 Berlin  
Satz, Layout: Alice Greschkow, Jenny Bogitzky, Wiese Consult erscheint seit März 2007  
Fotos: dpa und Archiv www.hauptstadt-insider.de



## INSIDER

## SPD: FÜR EINEN MODERNEN POLITIKSTIL!



Foto: Benno Kraehn

Von Johannes Schräps, MdB, SPD-Bundestagsfraktion; johannes-schraeps.de

Nie hat eine Regierungsbildung in Deutschland so lange gedauert. Nach dem Scheitern der so genannten »Jamaika-Sondierungen« haben wir in der SPD intensiv darum gerungen, ob wir erneut in eine große Koalition eintreten sollten. Am Ende von intensiven innerparteilichen Debatten und dem basisdemokratischen Votum der SPD-Mitglieder haben wir nun eine neue Bundesregierung gebildet. Die fairen und respektvollen Debatten haben gezeigt, welches Potential die SPD als Mitgliederpartei hat, aber auch, wie ausgeprägt der Wunsch nach inhaltlichen Auseinandersetzungen und der Verantwortung von Zukunftsfragen ist. Gemeinsam mit elf Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion, habe ich das Thesenpapier »Die SPD – linke Volkspartei im 21. Jahrhundert« veröffentlicht, um einen Diskussionsbeitrag zum Erneuerungsprozess der Partei zu leisten. Bei allen Mitinitiatorinnen und Mitinitiatoren handelt es sich um junge und neugewählte Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Viele von uns wurden in ihren Wahlkreisen direkt gewählt. Wir fordern eine klare Positionierung zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen und einen neuen, zeitgemäßen Politikstil. Gerade als junge Parlamentarier sehen wir uns besonders in der Verantwortung neue gesellschaftliche Entwicklungen auch stärker in unserem politischen Handeln abzubilden.

Aus unserer Sicht kann nur SPD die linke Volkspartei im 21. Jahrhundert sein. Wir wollen, können und werden diesen Anspruch weder anderen Parteien noch irgendeiner Bewegung überlassen. Das Vertrauen in die Sozialdemokratie hat in den letzten 15 Jahren abgenommen und in dessen Folge auch der Zuspruch der Wählerinnen und Wähler. Als Ursache hierfür sehen wir nicht in erster Linie die jeweiligen Koalitionsbildungen, sondern das Handeln unserer Partei. Das Vertrauen in die sozialdemokratischen Parteien ist in ganz Europa zurückgegangen, weil sie in den letzten Jahrzehnten, in denen neoliberale Ideen die Politik dominierten, einen Anteil an den sozialen Rückschritten hatten. Das müssen wir uns als Sozialdemokraten eingestehen. Moralische Anklagen helfen jedoch bei keiner Neuorientierung. Es gilt vielmehr, die Sichtweisen und Handlungsgründe der Akteure in jener Zeit zu erkennen, um etwaige Fehler zu korrigieren und das eigene Handeln neu auszurichten. Europaweit nehmen unterschiedliche zivilgesellschaftliche Bewegungen aktuelle politische Entwicklungen auf. Zumeist teilen sie die grundsätzlichen Werte der Sozialdemokratie. Deshalb wollen und müssen wir diesen Bewegungen zukünftig offener begegnen und sie, wo immer möglich, im sozialdemokratischen Kontext einbinden. So können wir konkrete Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wieder direkter aufnehmen. Die Erneuerung unserer Partei darf sich nicht auf organisatorische Fragen beschränken, sondern muss vor allem eine neue inhaltliche Präzisierung sozialdemokratischer Politik sein. Sie setzt eine ehrliche Ist-Analyse voraus. Bei der Erneuerung der SPD geht es im Wesentlichen um eine klare Positionierung in gesellschaftlichen Zukunftsfragen und um einen neuen Politikstil. In der Vergangenheit wurden inhaltliche Konflikte zu oft nicht geklärt, sondern mit Formelkompromissen übertüncht. Diese Zeit muss vorbei sein. Wir müssen klare und verständliche Positionen beziehen und unser politisches Handeln danach ausrichten. Unser gemeinsames Thesenpapier soll dazu beitragen.



Foto (von links): Helge Lindh, Wiebke Esdar, Josephine Ortieb, Johannes Schräps, Elisabeth Kaiser, Siemtje Möller, Manja Schüle, Falko Mohrs, Elvan Korkmaz, Marja-Liisa Völlers, Michael Schrodri, Timon Gremmels

## CHINESISCHER EINTRITT INS DEUTSCHE STROMNETZ SCHEITERT

Der chinesische Konzern State Grid hatte die Absicht sich am deutschen Netzbetreiber 50Hertz zu beteiligen. Dies wäre ein erstmaliges Engagement an sogenannter »kritischer Infrastruktur«. Darunter versteht man Systeme, die für die Aufrechterhaltung wichtiger gesellschaftlicher Funktionen notwendig sind.

Anstatt des chinesischen Konzerns wird der belgische Mehrheitsgesellschafter Elia weitere 20 Prozent der Anteile des 50Hertz-Mutterkonzerns Eurogrid International SCRL erwerben. Der australische

Investor IFM hatte zuvor diesen Anteil zum Verkauf freigegeben. Elia hat als Mehrheitsgesellschafter allerdings das Vorkaufrecht.

Am Netz, das von 50Hertz betrieben wird, sind 18 Millionen Menschen im Norden und Osten der Bundesrepublik angebunden. Die Politik war deswegen über Monate hinweg alarmiert, da die Netzbetreiber nicht nur für die Versorgung, sondern auch für die Energiewende verantwortlich sind. Man sei nun sowohl bei 50Hertz, als auch in der Politik über die Lösung zufrieden.

## REALLÖHNE STEIGEN LANGSAM

Laut Statistischem Bundesamt sind die Reallöhne auch im vergangenen Jahr wieder gestiegen, jedoch langsamer als erwartet. Bei den Reallöhnen bestehen auch weiterhin Unterschiede zwischen Ost und West. Ein Vollbeschäftigter in den westlichen Bundesländern erhielt einschließlich der Sonderzahlungen im Durchschnitt 4.293 Euro brutto im Monat, während der durchschnittliche Reallohn im Osten bei 3.247 Euro im Monat lag.

Dennoch sind die Löhne in den östlichen Bundesländern etwas schneller gestiegen,

nämlich um drei Prozent, während sie im Westen um 2,5 Prozent anstiegen. Auf die Kaufkraft hat der Anstieg jedoch nur einen geringen Einfluss. Zwar stieg der Bruttoverdienst insgesamt um 2,5 Prozent, jedoch sind die Verbraucherpreise ebenfalls um 1,8 teurer geworden – der reale Einkommenszuwachs liegt somit bei unter einem Prozent.

Die Reallöhne waren zuletzt 2013 infolge der europäischen Wirtschaftskrise leicht gefallen, seitdem wird ein jährliches Wachstum verbucht.

## PSA GIBT KOMPETENZEN AN OPEL AB

Nachdem der französische Automobilhersteller PSA im vergangenen Jahr Opel von General Motors übernommen hat, gibt es keine eindeutige Perspektiven für die Arbeitsplätze und Werke in Deutschland. PSA hat nun allerdings weitere Kompetenzen an den Stammsitz von Opel in Rüsselsheim abgegeben. Die Rüsselsheimer sollen künf-

tig unter anderem für die Sitze und Gurte sowie für manuelle Schaltungen oder automatisierte Qualitätskontrollen in den PSA-Werken zuständig sein.

Für die Werke und Mitarbeiter in Rüsselsheim, Kaiserslautern und Eisenach bleibt die Zukunft noch ungewiss. Gegenwärtig laufen die Verhandlungen mit der IG Metall.

## EU BIETET GROSSBRITANNIEN HANDELSABKOMMEN AN

Beim EU-Gipfel haben die verbleibenden Mitgliedsstaaten sich darauf verständigt, wie mit dem Brexit umgegangen werden soll: dem Land, das aus der Union zum März 2019 scheiden soll, wird ein Han-

delsabkommen angeboten. Großbritannien wünscht sich derweilen jedoch eine tiefere Kooperation, die ein Freihandelsabkommen übersteigt. Einzelne Branchen sollen Teil des EU-Binnenmarktes bleiben.

## PERSONALIEN

### ODENWALD SOLL AUFSICHTSRATSCHEF DER DEUTSCHEN BAHN WERDEN

Michael Odenwald (60, CDU), bislang beamteter Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, soll laut übereinstimmender Medienberichte neuer Vorsitzender des Aufsichtsrats der Deutschen Bahn werden. Demnach würde er den bisherigen Vorsitzenden, Utz-Hellmuth Felcht, ablösen. Odenwald soll auf einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung im April gewählt werden.

### KURA IST VORSITZENDE DER GRÜNEN NIEDERSACHSEN

Anne Kura (33) ist auf dem Landesparteitag von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen am 10. März zur neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Sie führt gemeinsam mit Stefan Körner den Landesverband an. Ihre Vorgängerin Meta Janssen-Kucz hatte das Amt im November 2017 niedergelegt, nachdem sie zur Landtagsvizepräsidentin gewählt worden war.

### BALDAUF IST NEUER CDU-FRAKTIONSVORSITZENDER IN RHEINLAND-PFALZ

Christian Baldauf (50) ist am 16. März einstimmig zum neuen Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz gewählt worden. Er folgt auf Julia Klöckner, seit dem 14. März neue Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft. Baldauf war bereits zwischen 2006 und 2011 Fraktionsvorsitzender.

## GIFFEY AM EQUAL PAY DAY: »FRAUEN VERDIENEN MEHR!«

Deutschland liegt im europäischen Vergleich beim Gender Pay Gap weiter abgeschlagen: auf alle Branchen gerechnet beträgt der Lohnunterschied 21 Prozent, in Belgien liegt er unter 10 Prozent, in Frankreich bei 15 Prozent. Familienministerin Franziska Giffey fordert diesbezüglich: »Frauen arbeiten häufiger in Teilzeit – oft auch unfreiwillig. Deshalb ist es gut, dass das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit jetzt endlich rasch umgesetzt wird.« Auch wenn die Gründe für die Lohnunterschiede klar seien, sei der Prozess sehr lang.

### WORTE DER WOCHE

»Wir müssen ehrlich sein, wir brauchen eine gesteuerte Zuwanderung, die auf unseren Interessen basiert.«

Annegret Kramp-Karrenbauer, CDU-Generalsekretärin.

»Wir schaffen einen moderaten Islam in Saudi-Arabien.«

Mohammed bin Salam, saudi-arabischer Kronprinz.

»Die Binnengrenzkontrollen müssen so lange ausgeführt werden, solange die EU es nicht schafft, die Außengrenzen wirksam zu schützen und zu kontrollieren.«

Horst Seehofer, Bundesinnenminister.

»Ich hätte nach den Abgasskandaljahren eine höhere Sensibilität gerade der Topmanager erwartet.«

Andreas Scheuer, Bundesverkehrsminister, über die gestiegenen Boni-Zahlungen bei VW.

»Die Unternehmen in den USA sind angewiesen auf deutsche Ingenieurstechnologie und Zwischenprodukte aus Europa.«

Dieter Kempf, Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.

»Ich vermisse bereits Wolfgang Schäuble. Zumindest hat er nicht vorgegeben, Sozialdemokrat zu sein!«

Yanis Varoufakis, früherer griechischer Finanzminister zur Entscheidung von Bundesminister Olaf Scholz, den Co-Chef von Goldman Sachs, Jörg Kukies, zum Staatssekretär zu machen.

»Als Erstes habe ich gedacht: Wenn das ein militärischer Kampfstoff war, dann wären die Leute auf der Stelle tot gewesen.«

Russlands Präsident Wladimir Putin zum Gift-Angriff auf den ehemaligen russischen Doppelagenten Sergej Skripal.

## TERMINE

### 28.3. BERLINER WIRTSCHAFTSGESPRÄCHE ZUM DIGITALEN WANDEL IM MITTELSTAND

Diskussionsveranstaltung der Berliner Wirtschaftsgespräche zum Thema »Digitaler Wandel im Mittelstand gestalten«, unter anderem mit dem Berliner Staatssekretär bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe, Christian Rickerts, dem Referatsleiter Wirtschaft-, Energie- und Umweltpolitik beim Zentralverband des Deutschen Handwerks, Stephan Blank und dem Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Berlin, Jürgen Wittke. Handwerkskammer Berlin, Blücherstraße 68, 10961 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 19 Uhr.

### 5.4. LATEINAMERIKA-FORUM ZU MIGRATIONSBEWEGUNGEN AUS LATEINAMERIKA

Diskussionsveranstaltung des Lateinamerika-Forums zum Thema »Lateinamerikanische Migration und der Blick nach Europa«, unter anderem mit der ehemaligen Leiterin der Abteilung für Politik und Entwicklungsforschung an der Universität Linz, Prof. Raina Zimmering Lateinamerika-Forum. Berlin, Bismarckstraße 101, 10625 Berlin (keine Anmeldung erforderlich). Beginn: 19 Uhr.

### 5.4. AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG DES WILLY-BRANDT-HAUSES ZUM INDUSTRIELLEN WANDEL

Ausstellungseröffnung des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus zum Thema »Umbrüche: Industrie – Landschaft – Wandel«, unter anderem mit der Geschäftsführerin des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus, Gisela Kayser und der Vorsitzenden der Stiftung Situation Kunst, Dr. Silke von Berswordt-Wallrabe. Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin (Anmeldung erforderlich). Beginn: 19:30 Uhr.

### 9.4. FUTURE MOBILITY SUMMIT DES TAGESSPIEGELS

Konferenz des Tagesspiegels zum Thema »Future Mobility Summit«, unter anderem mit dem Präsidenten des Verbands der Automobilindustrie Bernhard Mattes, dem Präsidenten des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, Hans Peter Wollseifer und dem Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Dr. Gerd Landsberg. Gasometer Schöneberg - EUREF Campus, Torgauer Straße 12, 10829 Berlin (bis 10.04., kostenpflichtig). Beginn: 9:00 Uhr.